

Halle'sche Zeitung

Landeszeitung für die Provinz Sachsen



1914. Nr. 66.

für Anhalt und Thüringen.

Jahrgang 207.

Belegpreis für Halle und Bittere 2,50 Mk., durch die Post bezogen 3 Mk. für das Vierteljahr. Die Halle'sche Zeitung erscheint wöchentlich zweimal. — Drucksatz-Verleger: Gustav Grottel, Halle, Poststraße 11. Unterhaltungsblatt (Sonntagsblatt), Sonder-Belegpreise, gesteuerte Monatshefte, Schöneberg-Verlagsanstalt, Rinderbergstraße (für die junge Welt).

Zweite Ausgabe

Anzeigebestellungen für die halbesbüchere Anzeigebestellen oder deren Raum für Halle und den Landkreis zu Wernitz, auswärts 30 Pfennig. — Redaktionen am Schluß des redaktionellen Zeits der Seite 100 Pfennig. Anzeigebestellungen bei der Geschäftsstelle in Halle (Saale) und bei allen bekannten Anzeigenverlegern.

Geschäftsstelle in Halle (Saale): Bernburger Straße Nr. 61/62. Fernruf 8108 u. 8109; Redaktionsfernrufruf 8110. Geschäftsleitung: Dr. Strannor-Prüßing Halle (Saale).

Sonntag, 8. Februar 1914.

Geschäftsstelle in Berlin: Bernburger Straße 80. Fernruf Amt Surfürst Nr. 6290. Druck und Verlag von Otto Ehrlich, Halle (Saale).

Will es wieder Ernst werden?

Die Ausführungen des Staatssekretärs v. Nowog in der Budgetkommission des Reichstages haben im allgemeinen einen befriedigenden und beruhigenden Eindruck gemacht. Unser Verhältnis zu England, das so lange zu wünschen übrig gelassen hat, scheint tatsächlich auf dem Wege zu einer dauernden Besserung zu sein. Gerade weil das Gefühlsmoment auf beiden Seiten mehr und mehr ausgeschaltet wird, gerade weil man darauf verzichtet, fließende Gegenstände mit schönen Redensarten zu verkleiden, und sich ruhig und nichtig auf den Boden der Tatsachen stellt, gewinnt man einiges Vertrauen in diese Entwicklung. So manches bleibt ja auch jetzt noch zu sagen. Selbst wenn man zugibt, daß England durch seine Beteiligung an der Aktion gegen die deutsche Militärmission dieser Aktion ziemlich viel von ihrer Schärfe genommen hat, wird man der Ansicht sein dürfen, daß England eigentlich keinen Grund hatte zu dieser Teilnahme, schon angesichts der britischen Marinemission, über die sich doch kein Mensch aufgeregt hat, dann aber auch aus inneren Gründen. Indes, das mag uns so sehr auf sich beruhen, als ja niemand von einer Serziersfreundlichkeit zwischen den beiden Staaten und Völkern spricht, mit der es immer gute Wege haben wird. Was uns rein verstandesmäßig zusammengeführt hat, das ist einerseits der nachgerade auch für den Westen überzeugende Beweis für die aufrichtige Friedliebtheit unserer Politik, den wir gerade in den letzten Jahren geführt haben, andererseits aber die Gemeinsamkeit der Grundzüge eines christlichen Weltbildes in der Behandlung der Orientfragen. Es läßt sich ohne Uebertreibung sagen, daß das Zusammenwachsen Deutschlands und Großbritanniens in dem kritischen Jahre 1912/13 die Gefahr des großen Weltbrandes von Europa abgewendet hat. Das ist ein so ungeheurer Erfolg, daß er mit Naturnotwendigkeit ein gewisses Gefühl der vollen Zusammengehörigkeit erzeugt und zu weiteren Hand-in-Gand-Arbeiten ermutigt — ein Gefühl, das tatsächlich auch in der englischen Presse mit erfreulicher Stärke zum Ausdruck kommt.

Man ist in der Budgetkommission auf die allgemeinen Absichten der europäischen Politik nicht eingegangen, vielleicht weil man es nicht für notwendig hielt. Mit einem geradezu frühlingsmäßigen Optimismus sind ja in den letzten Tagen die Worte in die Höhe geflügelt und dem preussischen Finanzminister, der 250 Millionen Reich haben wollte, allerdings zu Bedingungen, bei deren Formulierung noch die ungünstigen Erfahrungen des letzten Jahres einigermaßen mitzureden hatten, hat man nicht weniger als 25 Milliarden präsentiert, so daß er schleunigst die Hand etwas weiter aufsetzen und noch weitere 200 Millionen entgegengenommen hat, womit leicht der Bedarf Preußens für das ganze Jahr gedeckt ist (das Reich hat bekanntlich in diesem ersten Mehrheitsjahr überhaupt keinen Anleihebedarf). Wir möchten glauben, daß das preussische Staatsministerium damit sehr klug gehandelt hat. Man kann nicht wissen, was „in der Zeiten Hintergründe“ schlummert, ja, man kann nicht einmal wissen, was das Frühjahr bringen wird. Mit der Wenderung der Karte der Balkanhalbinsel durch die letzten Kriege hat sich ja die Bedeutung der „Schweelshelme“ für die Kriegsgeschäfte wesentlich vermindert. Aber, daß Rußland in diesen Tagen damit beschäftigt ist, seinen Einfluß auf die Staaten des Balkanbundes, mit Ausschluß von Bulgarien, aber mit Hinzutritt von Rumänien in einer Weise wiederherzustellen, und zu verstärken, die man weder in Konstantinopel noch in Wien und Budapest und einigen anderen europäischen Hauptstädten sonderlich angenehm bemerken kann, und daß andererseits der Gegensatz zwischen Griechenland und der Türkei in der Inselfrage akut zu werden droht, darüber kann man sich unmöglich täuschen. Die Türkei, die durch heroische Anstrengungen aus der eigenen Laide die Mittel für eine energische Verstärkung ihrer Flotte beschafft hat, ist ja allerdings in nächster Zeit finanziell auf den guten Willen irgend einer europäischen Großmacht angewiesen, und Frankreich will die tatsächliche Gewährung der schon so lange diskutierten Anleihe offenbar an Bedingungen knüpfen, die ein Wohlverhalten der Türkei für die nächsten Monate oder auch Jahre verberzügen sollen, aber diese ganze Finanzpädagogik Frankreichs ist politisch und moralisch so

wenig zuverlässig, daß sie eben so gut das Gegenteil von dem bewirken kann, was sie anzustreben vorgibt. Und so fehlt es tatsächlich neuerdings wieder nicht an Anzeichen, die auf eine unerfreuliche Entwicklung und auf eine mögliche Wiederkehr all der bösen Stürme des letzten Jahres hindeuten. Ein Blick, daß die stärkste Stütze des europäischen Friedens, das scharfe deutsche Schwert, im letzten Jahre noch scharfer geworden ist!

Preussischer Landtag.

Abgeordnetenhaus.

Sitzung vom 7. Februar.

Am Ministerial: Dr. Bessler.
Präsident Dr. Graf Schwerin-Löwis eröffnet die Sitzung um 11 Uhr 15 Min.
Die zweite Beratung des Justizgesetzes wird beim Kapitel „Oberlandesgerichte“ fortgesetzt.
Die Abg. Dr. Brunnener (Str.) und Mathis (natl.) treten für bessere Anstellungsverhältnisse der Kanzlei-beamten ein.
Abg. Dr. Cramer (natl.) wünscht mögliche Einschränkung des Hilfsrichtertums.
Beim Kapitel „Landgerichte und Amtsgerichte“ begründet

Abg. Wildermann (Str.) seinen Antrag auf Abänderung der Landgerichtsbezirke Essen und Bochum durch Hinzufügung neuer Landgerichte in den Städten Gelsenkirchen und Hedinghausen.
Justizminister Dr. Bessler: Wenn die im Etat vorgesehene 66 neuen einklassigen Richterstellen bewilligt werden, so wird das Hilfsrichtertum wesentlich eingeschränkt werden. Wie die Neugestaltung der Land- und Amtsgerichte im Andringebiete gestaltet werden soll, darüber können eingehende Erörterungen.
Abg. Follencler (natl.) befürwortet die Errichtung eines Landgerichts in Gelsenkirchen und begründet seinen Antrag auf Errichtung eines Landgerichts für die Gemeinden Wanne und Eidel.
Die Abg. Dinslage (Str.), Bruß (Str.) und Hue (Soz.) befürworten die Annahme der Anträge.
Abg. Mathis (natl.) spricht sich gegen die Teilung des Landgerichts Bochum aus.
Abg. Mathis (natl.) wünscht die Errichtung von Amtsgerichten in Frankfurt a. O. und Fürstentum.
Justizminister Dr. Bessler: Ueber die Errichtung eines Amtsgerichts in Wanne sind Ermittlungen im Gange. Dasselbe gilt von Frankfurt a. O. und Fürstentum.
Abg. Dr. Bessler (Str.) wünscht die Errichtung eines Amtsgerichts in Wupp (Zweigkreis).
Abg. Boushain (natl.) eines Amtsgerichts in Geselesberg.

Abg. Viehnacht (Soz.): Man hat hier Krupp verteidigt, in dessen Interesse das Wolffsche Telegraphen-Bureau die Presse beeinflusst hat. Der Abg. Viehnacht bringt den Fall der Witwe Hamm zur Sprache. Als der Redner dabei zu einer Kritik der allgemeinen Vernehmung überging, wurde er vom Vorsitzenden Dr. v. Krause zur Sache gerufen, da das Haus sich in der Einzelvernehmung befindet.
Als Abg. Viehnacht fortfährt, auf die abgeklärte allgemeine Vernehmung zurückzukommen, wird er wiederholt vom Vizepräsidenten Dr. von Krause aufgefordert, zur Sache zu sprechen.
Abg. Dr. Viehnacht (Soz.) widerspricht der Auffassung des Präsidenten und beantragt, das Haus zu befragen, ob es ihm gestattet, den Fall der Witwe Hamm weiter zu befragen.

Vizepräsident Dr. von Krause: Ich bitte die Herren, sich zu erheben, die dafür sind, daß der Abg. Viehnacht das Wort über den Fall Hamm weiter befall.
Dafür stimmen nur die Sozialdemokraten und die Freireligiösen.
Abg. Dr. Viehnacht (Soz.) verläßt die Tribüne mit den Worten: Sie haben sich zur Krupp-Korruption bekant. (Große Unruhe rechts, Vitturde bei den Soz.)
Vizepräsident Dr. von Krause bittet die Herren, die „Pau!“ gerufen haben, sich zu melden.
Es melden sich die sozialdemokratischen Abg. Gänitz, Ströbel, Hofer, Hoffmann.
Vizepräsident Dr. von Krause: Ich rufe die Herren zur Ordnung. (Bravol rechts. Große Unruhe bei den Soz.)
Abg. Dr. Cramer (natl.) kritisiert das Verhalten des Abg. Viehnacht.
Abg. Gafel (fortf. Bp.) fragt, ob er über die Einstellung neuer Affloren in der jetzigen Spezialdiskussion sprechen dürfe.
Vizepräsident Dr. von Krause: In Konsequenz der Stellungnahme des Hauses gegen den Abg. Dr. Viehnacht kann Ihrer Ansicht nicht entgegen werden.
Abg. Gafel (fortf. Bp.): Früher war die Praxis eine andere. Ich behalte mir die Stellung von entprechenden Anträgen vor.

Abg. Hoffmann (Soz.) schließt sich den Ausführungen des Abg. Gafel an. Abg. Viehnacht ist vergeblich geworden. Sie kompromittieren sich immer mehr. Ihr Vorgehen widerspricht der Gerechtigkeit, den guten Sitten und dem Anstand.

Vizepräsident von Krause: Ich bitte den Redner, sich zu mähen. Ich habe die Ordnung des Hauses aufrecht zu erhalten.

Abg. Hoffmann: Sie haben die Anordnung herbeigeführt.

Abg. Braun (Soz.) will über Klassenjustiz reden. Vizepräsident von Krause: Das gehört zur allgemeinen Debatte. Sie dürfen jetzt nicht darüber sprechen.

Als Abg. Braun weiter über das Thema spricht, wird er zur Sache gerufen. Er behauptet, das gehört zur Sache. Darauf erwidert Vizepräsident von Krause: Darüber habe ich zu bestimmen.

Abg. Hoffmann: Ihre Geschäftsführung bedeutet eine Verengung unserer Partei.

Vizepräsident von Krause: Sie machen keinen Eindruck damit, wenn Sie das Haus andauernd provozieren.

Abg. Hoffmann: Sie haben provoziert.

Abg. weiterer ererter Geschäftsverordnungsdebatte beschäftigt das Haus, daß Abg. Braun über Klassenjustiz nicht sprechen darf. Abg. Braun verläßt hierauf die Rednertribüne.

Die Anträge betreffend Errichtung von Land- und Amtsgerichten werden der Justizkommission überwiesen. Beim Titel „Staatsanwalte“ begründet

Abg. Viehnacht (Soz.) einen solchen eingetragenen Antrag, den Minister zu erwidern, die Staatsanwaltschaft aufzufordern, die Witwe Hamm aus der Haft zu entlassen.

Justizminister Dr. Bessler: Der Antrag Viehnacht bedeutet einen Einschnitt in die Exekutive der Krone. Falls der Antrag zum Beschluß erhoben werden sollte, würde die Regierung kaum in der Lage sein, ihn anzunehmen. Dadurch ist die Sache für mich abgetan. (Lachen bei den Soz.) Ueber Schuld, Nichtschuld und nicht erzielene Schuld hat allein das Gericht zu entscheiden. (Beifall rechts.)

Abg. Dr. Viehnacht: Es handelt sich hier darum, einen Justizmord zu verhüten.

Abg. Dr. Gieses (fortf. Bp.): Der Antrag bedeutet einen Einschnitt in die Justizverwaltung.

Abg. Grundmann (Konf.): Wir können doch nicht entscheiden, ob jemand schuldig oder unschuldig ist. Wir sind doch kein Gerichtshof.

Schließlich wird der Antrag gegen die Stimmen der Sozialdemokraten abgelehnt.

Das kurze weitere Erörterung ist das Kapitel „Land- und Amtsgerichte“ erledigt.

Beim Kapitel „Gefängnisse“ erklärt auf eine Anregung ein Regierungsvertreter, der geistliche Zupruch werde im Gefängnis aus einem großen Teile der Gefangenen zurückgewiesen. Wir können ihnen diesen Zupruch nicht aufdrängen.

Damit ist das Ordinariat erledigt.

Beim Extraordinariat erklärt ein Regierungsbeamter, daß die Befolgungsvorlage dem Hause im Laufe der Session noch rechtzeitig ausgeben werde.

Damit ist der Justizetat erledigt.

Nächste Sitzung Montag 11 Uhr: Ministerium des Innern. — Schluß 5 Uhr.

Deutscher Reichstag.

Sitzung vom 7. Februar.

Am Bundesratsstische: Dr. Dehler.
Präsident Dr. Kaempf eröffnet die Sitzung um 12 1/4 Uhr.

Auf der Tagesordnung steht die Fortsetzung der zweiten Beratung des Etats für das Reichsmat des Innern. Die Beratung beginnt mit dem Kapitel „Ausführung des Kaisergesetzes“.

Die Kommission (Berichterhalter v. Graf-Gülfrow, Konf.) hat sich bei Beratung des Kapitels größere Beschränkung auferlegt, da demnach eine Novelle zum Kaisergesetz vorgelegt werden soll. Im besonderen hat die Kommission folgende Änderungen an der Regierungsvorlage vorgenommen. Der Reichszuschuß für Propaganda im Inlande soll um 200 000 Mk. auf 2 000 000 Mk. erhöht werden, und zwar zur Förderung des selbständigen Gemeinwohls. Der Zuschuß für Propaganda im Auslande soll um 900 000 Mk. und die Kosten für Untersuchung und Analyse um 50 000 Mark erhöht werden. Ferner sollte die Kommission einen Titel einschlagen: An das Reichsamt für Ausstellungs- und Propagandazwecke in San Francisco 500 000 Mk. zu bewilligen. Da diese letzte Forderung infolge der Nichtbeteiligung Deutschlands an der Weltausstellung in San Francisco einfallig geworden ist, so beantragen die Abg. v. Graf-Gülfrow (Konf.), Erberger (Str.) und Wärminkel (natl.) diesen neuen Titel zu streichen und die Summe von 500 000 Mk. mit zu verwenden für Propagandazwecke im Auslande, so daß dieser Titel um 1 400 000 Mk. erhöht werden soll.

Die Publikation der Kurse der Eisenbahn- und ...

Berliner Börse, 7. Febr. 1914

Montagskurse: 100 Reichsmark = 100 ...

Main table containing stock market data with columns for company names, stock types, and prices. Includes sections for 'Kursnotizen', 'Kursnotizen', and 'Kursnotizen'.

Erklärungen zum Kursnotizen: Bei den Kursnotizen ...

